

„Edtstadler will Österreicher wieder für EU interessieren“ lautet eine Schlagzeile in einem Newsletter der TT. Eine weise aber doch eher späte Erkenntnis der Ministerien für EU und Verfassung. Nur allzu gut erinnern wir uns an den vergangenen Sommer als es darum ging, einen tragfähigen Entwurf eines 7-Jahres Haushaltsplanes in der Union sowie einen gemeinsam! von Emmanuel Macron und Angela Merkel initiierten Wiederaufbau-fonds zur Bewältigung der Corona-Krise auf die Reihe zu bringen.

Das kleinkarierte Kirchturmdenken der sogenannten „frugalen Vier“ unter Patronanz von BK Kurz hat nicht nur hierzulande für Kopfschütteln gesorgt. Anstatt diesen dringend notwendigen, von Macron und Merkel beantragten Wiederaufbaufonds zu unterstützen, wurde dieser und auch der 7-Jahres-Haushalt mit hinterfragungswürdigen Argumenten monatelang völlig unnützlich blockiert.

Jahrelang waren die Briten innerhalb der Union die Ober-Bremser und meist eher auf eigene Vorteile bedacht. Selbiges bestätigte sich in den doch mühsamen Scheidungsverhandlungen zumal die Anhänger Boris Johnsons immer noch glauben, das gesamte Regelwerk der Union hinter sich lassen, und die Vorteile z.B. eines Binnenmarktes aber weiter nutzen zu können.

Ohne nun die „frugalen Vier“ in einem Atemzug mit den Brexit-Befürwortern in UK zu nennen: Förderlich für ein stark geeintes solidarisches EUROPA waren diese ausschließlich von nationalem Populismus getragenen Bocksprünge nicht.

In den kommenden Jahren werden alle nationalen Haushalte mehr denn je auf massive Unterstützung aus Brüssel angewiesen sein. Allein daran können wir erstmals Segen und Notwendigkeit gelebter gesamteuropäischer Solidarität erfahren. Möge es der Frau Ministerin Edtstadler gelingen, das Unions-Bewusstsein in Österreich durch überzeugtes Eintreten für gemeinsame EU-weite Lösungen zu stärken. Ansatzpunkte gäbe es dazu viele: (Klima-u.Gesundheit, Energie, Sozial-Standards, Gemeinsame Beschaffungs-Politik, Schutz der Außengrenzen, gemeinsame Verteidigungspolitik, Transit-Problematik, gerechte Besteuerung von Finanztransaktionen und IT-Riesen im Internet u.s.w.)